

„Weiter so“ fuhr schon damals das Dampfschiff Titanic. Noch heute: die Entscheidung für „proprietäre Software“? Behörden ignorieren Sicherheitsbedenken bei Windows (Microsoft)

Anstatt Erneuerung: Bund, Länder und Kommunen kaufen Betriebssysteme und Büroanwendungen mehrheitlich bei Microsoft. c't-Recherchen zeigen, dass Behörden dabei Sicherheitsbedenken ignorieren und bei Nachfragen mauern.

Während die Stadt München von ihrem Open-Source-System LiMux zurück auf Microsoft wechselt, geht Schleswig-Holstein den umgekehrten Weg.

Bei den Verhandlungen zur Kieler Jamaika-Koalition setzten die Grünen Ausschreibungsbedingungen durch, nach denen Open-Source-Software „vordringlich“ zum Einsatz kommt, „um Abhängigkeiten von einzelnen Softwareanbietern so weit wie möglich zu reduzieren“. Die Parteien hielten im Koalitionsvertrag fest, dass „offene Schnittstellen, Standards und Software die Verbrauchersouveränität erhöhen“ – und damit auch die IT-Sicherheit. Das langfristige Ziel sei eine „vollständige Ablösung“.

Der stellvertretende schleswig-holsteinische Ministerpräsident Robert Habeck kämpft für den Vorrang für Open-Source-Software.

Schleswig-Holstein will damit ganz bewusst der „**enormen Marktmacht weniger Konzerne**“ wie **Google & Microsoft** entgegenwirken, wie der stellvertretende Ministerpräsident und frisch gekürte Parteichef der Grünen Robert Habeck sagt. Dem **Lock-in** der Konzerne zu entkommen, sei für Politik und Verwaltung eine schwierige Aufgabe. „Wir müssen digital autonomer werden“, fasst Habeck die Aufgabenstellung zusammen.

Spätestens seit den Enthüllungen des NSA-Whistleblowers Edward Snowden ist bekannt, wie unsicher das Fundament der Informationsgesellschaft ist. Sicherheitslücken, versteckte Hintertüren und Überwachungs- und Tracking-Möglichkeiten untergraben die Autonomie der Nutzer.

Transparenz gilt als Grundbedingung, um die Autonomie und damit die Verfügbarkeit von IT-Infrastrukturen abzusichern. Dazu gehört dann auch, dass der Programmcode der Systeme öffentlich ist, um jederzeit geprüft und verbessert werden zu können. Open-Source-Software ist wie jede andere Software nicht fehlerfrei, doch sie lässt jederzeit eine Überprüfung zu. Windows und sein Office-Paket werden mittlerweile in Deutschlands Behörden als unverzichtbar wahrgenommen. Dennoch gibt es noch zahlreiche Behörden, die parallel auch Office-Software auf Open-Source-Basis einsetzen. Während der Dokumentenaustausch unter Word wenig Ärger bereitet, ist immer wieder von Anwendern zu hören, dass Präsentationen, die nicht mit PowerPoint erstellt wurden, nicht **korrekt** angezeigt werden können^{*)}, wenn das Vorführgerät nur PowerPoint kennt. Gerade beim Führungspersonal erzeugt das großen Ärger – und erhöht die Bereitschaft, sich auf Microsoft einzulassen. Problematisch sind die schnellen Update-Zyklen, die es alternativen Anbietern erschweren, zeitnah mit kompatiblen Versionen herauszukommen. ...

Seite 1 von 4

***)Reine Zweckbehauptung, siehe Richtigstellung ganz am Ende der Berichte.**

Das Microsoft-Dilemma – Pflichtprogramm für IT-Entscheider

Publiziert am [20. Februar 2018](#) von [Günter Born](#)

Im gestrigen Beitrag [Gegenwind? Planlos? Oder 'Das Microsoft Dilemma' ...](#) hatte ich auch auf die ARD-Sendung zum 19. Februar 2018 hingewiesen. Im Nachgang noch einige Informationen zum Thema.

Am 19. Februar 2018 lief im ARD der Bericht [Das Microsoft Dilemma](#). Wer die Sendung verpasst haben sollte, das 45 Minuten lange Video der Sendung lässt sich unter obigem Link bis zum 19. Mai 2018 abrufen. Ein Trailer der Sendung siehe rechts:



Hier das ganze Video (45 min):

<https://www.youtube.com/watch?v=ZaDuinGf2o>

Aus technischer Sicht waren einige Erklärungen im Film 'humpelig' und wenig förderlich. Aber das war ja nicht das originäre Ziel. Sondern es ging um Monopole, Abhängigkeiten, Lobbyismus und das Handeln der europäischen Behörden, speziell der EU-Kommission. Die EU-Kommission zwingt Kommunen, jeden Bustransport europaweit auszuschreiben. Aber bei den IT-Leitlinien zur Beschaffung wird getrickst auf Teufel komm raus. Vor allem fehlt eine Vision für die IT-Entwicklung in Europa für die kommenden Jahre. Die Beispiele 'Airbus der Softwareindustrie' und 'Alternative Energien' haben schon etwas bestechendes als Ideen. Aber politisch kommt nichts – da wird eher von EU-Kommission und Regierungen hintertrieben.

Der Bericht bzw. das Video sollte eine Pflichtlektüre für jeden IT-Entscheider sein. Es ist ein Armutszeugnis, was die Behörden und angeblichen Entscheidungsträger da abgeben. Besonderes Negativbeispiel ist, in meinen Augen, Münchens LiMux-Entscheidung. Und der Film zeigt, wie sich Europa in Abhängigkeiten begibt. Momentan regt sich alles (berechtigt) über die Diesel Abgas-Tricksereien auf. Was aber auf IT-Ebene läuft, ist eine noch größere Sauerei – speziell von europäischen Regierungen und Behörden.

Meine abschließenden 2 Cents: Es mag ja durchaus gute Gründe für die eine oder andere Entscheidung geben. Da kann ich aus Außenstehender nichts zu sagen. Aber: Wenn so etwas alternativlos ist, dass wäre das Mindeste, dass alles transparent dargestellt und offen gelegt wird. Statt dessen wird gemauert, gemauschelt und geschwärzt. Das Informationsfreiheitsgesetz wird so unterlaufen und zum Papiertiger. Dass dies zu Politikverdrossenheit führt und uns früher oder später auf die Füße fällt, wäre nachvollziehbar.

Gegenwind? Planlos? Oder ‘Das Microsoft Dilemma’ ...

Publiziert am [19. Februar 2018](#) von [Günter Born](#)

Zum Feierabend noch ein wenig Futter für Lesefreudige. Momentan herrscht eine ‘merkwürdige Situation’, so irgendwie die ‘Ruhe vor dem Sturm’. Es geht um Microsoft und aufziehenden Gegenwind. Es scheint, als ob die Nutzerschaft nicht mehr ganz unwidersprochen auf Microsoft und dessen Produkte wie Windows oder Office fliegt. Kurzer Rundumschlag samt TV-Tipp für heute Abend. Ergänzungen zur TV-Sendung nachgetragen.

Behörden, Sicherheitsbedenken und Windows 10

Ich hatte es ja schon mal im vorigen Jahr im Blog-Beitrag [Open Source, Windows 10, der Bundesclient und Europas fatale Abhängigkeit von Microsoft ...](#) angerissen. Europas Behörden begeben sich in eine fatale Abhängigkeit von Microsoft. Und in Anbetracht der Entwicklung von Windows 10 schaue ich ungläubig, was in Behörden (und in München) abgeht. Gut, ich habe da einen Tunnelblick und lebe auf der Insel der Glückseeligen – brauche kein Windows 10.

Aber jetzt kommt heise.de mit dem Artikel [Behörden ignorieren Sicherheitsbedenken gegenüber Windows 10](#) um die Ecke. Tenor: Deutsche Behörden kaufen bei Microsoft Office und Windows, aber erhebliche Sicherheitsbedenken sind bisher nicht ausgeräumt worden. Hintergrund: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hatte einen Forderungskatalog an Microsoft formuliert. Dieser sollte vor dem Abschluss des Rahmenvertrags, den das Bundesinnenministerium 2015 zur Beschaffung von Microsoft-Produkten mit dem US-Konzern aushandelte, geklärt werden.

Bei heise.de schreibt man, dass das BSI in dem Forderungskatalog monierte, dass Microsoft “mutmaßlich unangenehme Fragen in aller Regel völlig ignoriert”. Das BSI verlangte eine vertraglich gesicherte Kooperation des US-Softwarekonzerns. Zudem wurden technischen Änderungen verlangt, um die Daten der Bürger vor fremdem Zugriff zu schützen. Windows-Rechner, die in Behörden eingesetzt werden, sollen grundsätzlich uneingeschränkt kontrollierbar sein – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Dreimal dürft ihr raten, wie das ausgegangen ist? Peter Batt, IT-Direktor des Bundes im Bundesinnenministerium, musste wohl einräumen, dass die Umsetzung des BSI-Forderungskatalogs im aktuell gültigen Rahmenvertrag nicht gelungen sein. Man habe erst später “nachverhandelt”. Nähere Details? Das BSI verweigerte Journalisten von c’t, rbb und Investigate Europe eine Antwort und verweist auf “vertrauliche Vereinbarungen”.

Im Artikel erfährt der staunende Leser, dass der IT-Dienstleister Dataport für mehrere Bundesländer bereits rund 100.000 Standardarbeitsplätze unter Windows eingerichtet hat. Trotz vollständig deaktivierter Online-Dienste überträgt Windows 10 immer noch verschlüsselte Daten an Microsoft. Was genau, darüber wird gerätselt (Microsoft gibt keine Auskunft).

Heise: Umsteigen von Windows auf den Mac

Die zweite Axt, die von heise.de momentan an Windows angelegt wird, ist der Artikel [Umsteigen von Windows auf den Mac](#). Zitat von heise.de: ‘Der Mac ist logischer, komfortabler, benötigt weniger Wartung und bietet das Beste aus beiden Welten – das sind nur einige der Argumente für den Wechsel.’

Auch wenn man da den goldenen Käfig Apple im Hinterkopf behält und weiß, dass auch beim Mac nicht alles Gold ist, was glänzt, ist der Artikel aus meiner Sicht bemerkenswert. Möglicherweise leide ich an Vergesslichkeit – aber ad hoc fällt mir in den letzten fünf oder sechs Jahren kein Artikel ein, der so unverhohlen für einen Wechsel wirbt. Der sehr längliche Artikel separiert die Leser, das Thema wird von den Leuten sehr kontrovers diskutiert.

Sprachlos: Microsoft planlos?

Bei den Kollegen von Dr. Windows bin ich am Wochenende etwas fassungslos auf den Artikel [Kommentar: Wohin des Weges, Microsoft?](#) von Kevin Kozuszek gestoßen (wurde hier in den Kommentaren auch schon thematisiert). Nein, meine Fassungslosigkeit resultiert nicht aus dem Inhalt des Artikels, der konstatiert ‘dass Microsoft in den vergangenen Monaten einen massiven Qualitäts- und Vertrauensverlust bei den klassischen Endkunden verursacht hat’. Das Gefühl habe ich seit Jahren – sondern weil dieser Kommentar auf einer Seite erschien, wo ich bisher (bis auf wenige Ausnahmen) alles ‘im Lot wähnte’ (und habe mich gefragt, ob ich vielleicht so ein irrlichternder Schweifstern mit meiner Meinung bin). Ich denke, der Artikel ist ganz lesenswert.

Da passt auch die [zweite Meldung](#) von Dr. Windows, dass die Microsoft Build 2018 noch nicht ausgebucht sei. Früher waren die Konferenzplätze binnen 5 bis 15 Minuten ausgebucht. Martin müht sich im Artikel um Erklärungen – aber ein Entwickler bringt es auf den Punkt ‘Lohnt sich nicht, weil das Ganze zu unverbindlich geworden ist.’

TV-Tipp: Das Microsoft-Dilemma

Und damit geht es zum TV-Tipp für den heutigen Montag, den 19.2.2018. Das Erste (ARD) bringt heute um 22.55 den Beitrag [Die Story im Ersten: Das Microsoft-Dilemma](#).

“Wanna Cry” war ein Weckruf: Die Cyber-Attacke mit dem Erpressungstrojaner traf im Mai 2017 hunderttausende Rechner in über 100 Ländern. Aber wie kann nur ein Schadprogramm gleichzeitig Unternehmen, Krankenhäuser und sogar Geheimdienste in der ganzen Welt lahmlegen? Die Antwort hat einen Namen: Microsoft.

Der verlinkte Anreißertext thematisiert eine gefährliche Abhängigkeit von diesem US-Hersteller. Der Journalist Harald Schumann mit seinem Recherche-Team InvestigateEurope mit Insidern und Verantwortlichen in ganz Europa gesprochen. Das Ganze verspricht eine interessante Sendung zu werden.

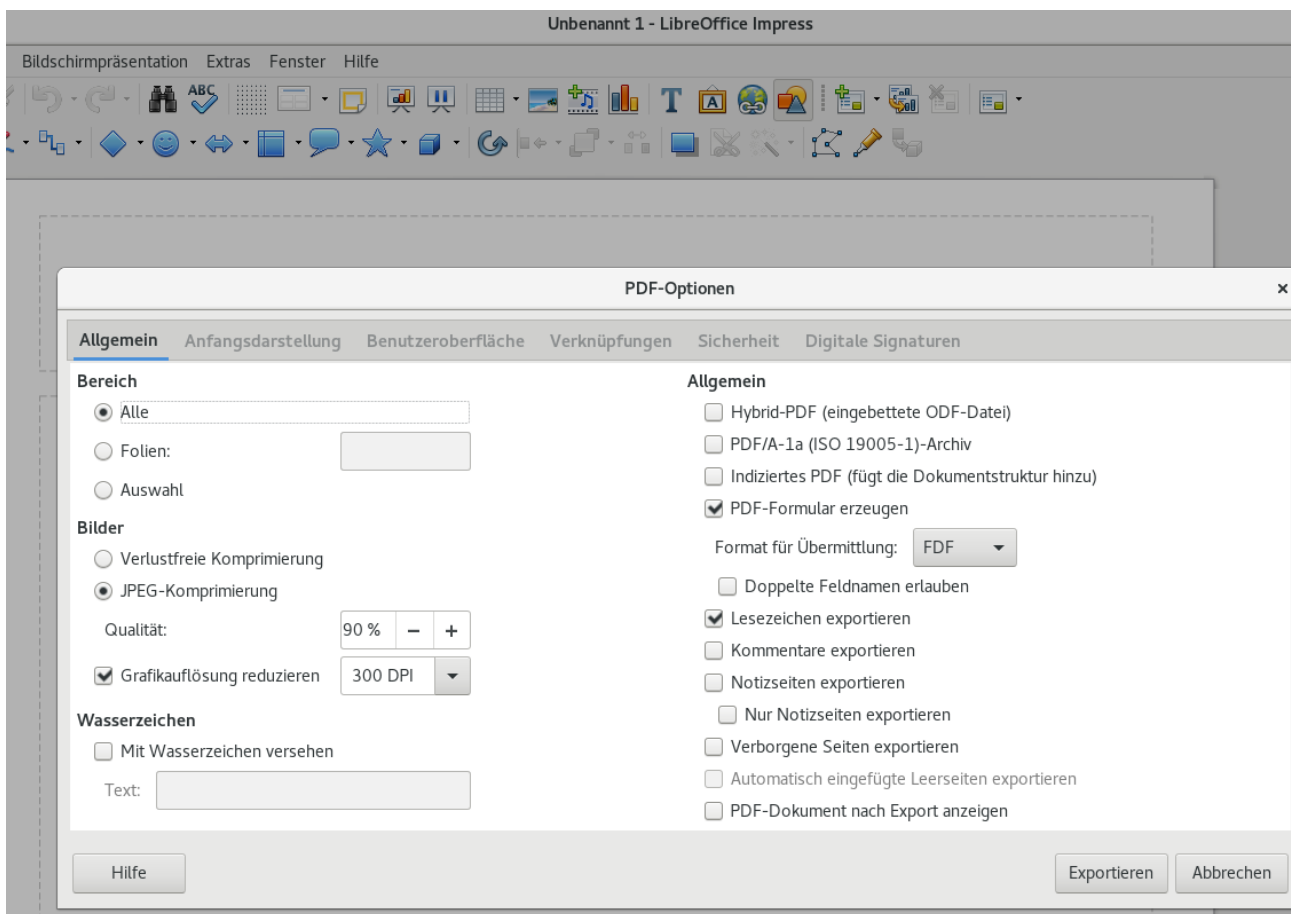
Kurzum: Es kommt was in Bewegung, was ich in meinen 30 Jahren so bisher im IT-Umfeld an Diskussionen (in meiner Erinnerung) so nicht erlebt habe. Möglicherweise kommt das ‘es geht der Krug so lang zum Brunnen, bis er bricht’ zum Tragen, oder wie seht ihr das so?

Seite 4 von 4

***)Mit der eingeschränkten Sichtweise eines Nutzer von Microsoft-Office ist das richtig!**

Wenn der Ersteller einer Präsentation diese auf einem anderen Vorführgerät zeigen will, muss wegen der fehlenden Aufwärts-Kompatibilität Ersteller und Vorführer **die selbe Version** des Präsentationsprogramm auf ihrem PC installiert haben. Das erfordert Lizenzen und spielt ohne Ende Geld in die Taschen von Microsoft.

Insofern bieten z. B. Open-Office & **LibreOffice**, wie nachstehend gezeigt wird, die Office-Programme nach der Erstellung in das übliche **PDF-Format** (PortableDataFiles) zu exportieren:



- Dieses Grafik-Format wird auf allen Vorführgeräten mit OS-Basis: Windows, Mec oder **Linux** immer unverändert, wie erstellt, angezeigt.
- Die Funktion, um in PDF-Format zu exportieren **fehlt** aus wirtschaftlichen Gründen natürlich bei Microsoft-Office gänzlich.
- Viele Provider nehmen aus **Sicherheitsgründen** Mail-Anhänge ausschließlich nur in Grafik-Format an.

Die **Kehrtwende der Stadt München** von Open-Source-System LiMux zurück auf Microsoft ist, wie allgemein vermutet wird, rein persönlich motiviert! Es geht ja nur vorerst um Millionenbeträge in 2-stelliger Höhe **ohne Ende** an Lizenzen aus Steuergeldern.

Das Ziel verbindet

weltoffen - wirtschaftlich wie ökologisch stark - menschlich



Koalitionsvertrag

für die 19. Wahlperiode des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
(2017-2022)

... Das Bündnis aus CDU, GRÜNEN und FDP ist für alle neu. Die Wählerinnen und Wähler haben **CDU**, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **FDP** am **7. Mai 2017** durch ihr Votum aufgefordert, einen gemeinsamen Weg zu finden. Wir werden deshalb das demokratische Wahlergebnis als Auftrag verstehen, auf der Basis einer soliden Mehrheit im Parlament eine handlungsfähige Landesregierung für die Zukunft Schleswig-Holsteins zu bilden. Wir werden die Chancen nutzen, die sich aus den unterschiedlichen politischen Vorstellungen ergeben, um das Beste für **Schleswig-Holstein** zu erreichen

Digitalisierung

Wir wollen Schleswig-Holstein zu einer digitalen Vorzeigeregion machen. Wir verstehen die Digitalisierung als Ressort übergreifende Querschnittsaufgabe von höchster Bedeutung.

Deshalb wollen wir ein Digitalisierungskabinett auf Ministerinnen- und Ministerebene unter Leitung des Ministerpräsidenten gründen, um so eine klare, abgestimmte und umfassende Digitalisierungspolitik sicherzustellen. Die fachliche Federführung des Digitalisierungs-Kabinetts liegt beim Ministerium für Digitalisierung. In diesem Rahmen werden alle Ressorts ihren Beitrag für die gemeinsame Digitalisierungs-Strategie erarbeiten und fortentwickeln und so die vom Kabinett zu verabschiedende Grundlage für eine sinnvolle Verknüpfung sämtlicher Aktivitäten gewährleisten.

Verlässlicher Ordnungsrahmen

Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Die Digitalisierung ist für unsere Gesellschaft, den Staat und die Bürgerinnen und Bürger **Chance und Herausforderung** zugleich. Wie in jedem Bereich des Lebens bedarf es auch in der digitalen Welt verlässlicher Ordnungsprinzipien, die den Schutz des Einzelnen sicherstellen. Es ist die **Aufgabe des Staates**, für diese Ordnungsprinzipien zu sorgen.

Dazu gehören die Gewährleistung der Netzneutralität, der Schutz der Grundrechte, insbesondere der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sowie der **Schutz vor digitaler Kriminalität**. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen, der Verbraucher- und Freiheitsrechte sowie die informationelle Selbstbestimmung online wie offline weiterhin gewährleistet. Die Durchsetzung wird das Vertrauen und die Sicherheit im Digitalen stärken. Wir werden die Digitale Agenda Schleswig-Holstein gemeinsam weiterentwickeln.

Digitale Infrastruktur

Das digitale Angebot von Inhalten und der Bedarf, selbst Daten zu senden, entwickeln sich rasant und werden weiter steigen. Die vielfältigen Anwendungsgebiete und die Vernetzung von Milliarden intelligenter Geräte in Haushalten und Unternehmen erfordern zukünftig deutlich höhere Bandbreiten. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur wird deshalb über die Attraktivität unseres Landes und insbesondere der ländlichen Räume als Orte für das Leben und Arbeiten entscheiden. Dies erfordert verstärkte Investitionen in die flächendeckende Versorgung des Landes mit Hochgeschwindigkeits Netzen und die Beseitigung regulatorischer Hemmnisse.

Unter Berücksichtigung verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten auf EU- und Bundesebene wollen wir diese Herausforderung angehen, aber dafür auch deutlich mehr Landesmittel investieren.

Unser Ziel ist es, den flächendeckenden Glasfaserausbau vor dem Jahr 2025 weitgehend abzuschließen.

Wir bekennen uns zum Glasfaserausbau, denn nur mit einem Netzinfrastukturwechsel weg vom Kupfer hin zur Glasfaser bis zum Gebäude erreichen wir deutlich höhere Bandbreiten in Sende- und Empfangseinrichtungen.

Die flächendeckende Versorgung mit **50 Mbit/s** sehen wir deshalb nur als Zwischenschritt.

Die Dynamik des Netzausbaus wollen wir durch strategische Förderungen beschleunigen (z. B. mit zinsgünstigen Darlehen unterstützen) und konsequent bürokratische Hemmnisse abbauen. Wo kein marktgetriebener Ausbau erfolgt, wollen wir mit Landes-, Bundes- und Europamitteln die Wirtschaftlichkeitslücke schließen, wobei entscheidend sein wird, dass der Bund zu diesem Infrastruktur Ausbau einen wesentlichen Beitrag leistet.

Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für eine strategische Förderung des Netzinfrastukturwechsels einsetzen. Der Breitbandausbau wird nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken verschiedener Akteurinnen und Akteure gelingen. Deshalb werden wir dies mit Telekommunikationsunternehmen, Energieversorgern, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Partnerinnen und Partnern in einem breiten Bündnis für den Netzausbau in Schleswig-Holstein vorantreiben. Wir wollen das **Breitband Kompetenzzentrum** stärken und ausbauen.

Neben dem stationären Internetanschluss hat auch das mobile Internet stark an Bedeutung gewonnen. In Schleswig-Holstein muss die mobile Internetversorgung an touristischen Orten und öffentlichen Plätzen, aber auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, entlang wichtiger Verkehrswege, an größeren Verkehrsknotenpunkten wie z.B. Häfen oder Bahnhöfen und auch in Industrie- und Gewerbegebieten deutlich ausgebaut werden. Wir wollen dafür sorgen, dass jedes mit Internet versorgte **öffentliche Gebäude einen freien WLAN-Zugang** für die Öffentlichkeit bereitstellt. Gemeinsam mit Kommunen, Akteuren aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunkinitiativen, wollen wir Strategien entwickeln, um kostengünstige Wege für eine breite Versorgung mit öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots zu ermöglichen. Dazu bedarf es für die Betreiber allerdings der Rechtssicherheit, weshalb wir uns für eine weitere Novelle des Telemediengesetzes mit dem Ziel einsetzen werden, die **Störerhaftung gänzlich abzuschaffen**. Das ehrenamtliche Engagement der Freifunkinitiativen wollen wir durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiter fördern.

Für mobile Anwendungen der Zukunft etwa im Verkehrsbereich oder im Tourismus muss schnelles Internet auch unterwegs zuverlässig verfügbar sein. Dem Mobilfunk der fünften Generation (5 G) kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Als Flächenland hätte Schleswig-Holstein auch hier gute Chancen, zu einer **Modellregion** zu werden. Insgesamt werden zusätzlich mindestens 50 Millionen Euro Landesmittel über die Legislaturperiode eingesetzt, um die digitale Infrastruktur zu stärken.

Netzneutralität und Verbraucherrechte

Wir bekennen uns zur **Netzneutralität** als Voraussetzung für wirtschaftliche und demokratische **Chancengleichheit** im Netz. Auch künftig müssen alle Datenpakete im Internet gleichberechtigt transportiert werden, um sicherzustellen, dass weder Inhalte noch Unternehmungen diskriminiert werden. Diese Chancengleichheit im Internet gilt es auch gesetzgeberisch zu schützen.

Für uns sind digitale Verbraucherrechte aber mehr als nur die Wahrung der Netzneutralität.

Wir setzen uns für effektive Verbraucherrechte auch in der digitalen Welt, eine größtmögliche Transparenz digitaler Angebote, die tatsächliche Einhaltung vertraglicher Versprechungen (zum Beispiel, was die Bereitstellung von Bandbreiten angeht), einen **effektiven Datenschutz, eine hohe IT-Sicherheit** und **faire Märkte** ein. Die Arbeit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ist hierfür unerlässlich.

Datenschutz

Datenschutz dient dem **Schutz der Menschenwürde** und ist wesentliche Bedingung für eine **freiheitliche Demokratie** in einer digitalen Welt.

Der **Umgang mit personenbezogenen Daten** muss deshalb eindeutigen Regelungen unterworfen sein, die ihrer Bedeutung für die Rechte des Einzelnen gerecht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Datenschutzniveau im internationalen Wettbewerb Geltung hat. Wir wollen **IT-Sicherheit** und Datenschutz zu einem internationalen Wettbewerbsvorteil entwickeln. Berechtigte Sicherheitsinteressen unseres Landes müssen mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden. Die Digitalisierung erfordert in besonderer Weise den **Schutz personenbezogener Daten**. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist gerade in der digitalen Welt zu gewährleisten.

Es muss **überprüfbar** sein, ob sich die **Datenverarbeiter** an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten und Verstöße müssen gegebenenfalls auch sanktioniert werden. Wir werden uns – auch um innovative Geschäftsmodelle und StartUps zu fördern – dafür einsetzen, die etablierten Datenschutzziele in der Entwicklung und als Voreinstellung von Technologie (privacy by design und privacy by default) zu verankern, Auditierungssysteme zu stärken und Gütesiegel auszubauen.

IT-Sicherheit

Voraussetzung für die Digitalisierung in allen Bereichen sind **höchste Standards** beim Datenschutz und der **IT-Sicherheit**. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf Datenschutz und Datensicherheit **vertrauen** können, gerade wenn sie **sensible Daten in die Obhut des Staates geben**. Dies erreichen wir durch den verstärkten Einsatz von unabhängig überprüfbarer Hard- und Software, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, **Open-Source-Technologie** und die Förderung innovativer **IT-Sicherheitskonzepte**.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden wir dabei unterstützen, in gute IT-Sicherheit zu investieren. Wir werden dazu ein Förderprogramm für mehr IT-Sicherheit auflegen und Anreize für die Etablierung datenschutzfreundlicher IT-Lösungen setzen.

EU-Datenschutzgrundverordnung

Die **Umsetzung** der **EU-Datenschutzgrundverordnung** werden wir konsequent vorantreiben und dafür sorgen, dass wir einen besseren Grundrechtsschutz durch europaweit geltende und durchsetzbare Datenschutzstandards bekommen.

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) setzt die Koalition auch weiterhin auf eine Einrichtung, die im Interesse des Datenschutzes die Arbeit von Staat und Privaten kritisch im Blick behält. Wir wollen das ULD angesichts neuer Aufgaben angemessen stärken.

Digitaler Staat

Eine lebendige Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen, mitgestalten und fundierte Wahlentscheidungen treffen können. Hierfür sind zeitnahe, umfassende und leicht zugängliche Informationen über staatliches Handeln essentiell. Die Digitalisierung kann einen Beitrag dazu leisten, unsere Demokratie zu vitalisieren.

Die Digitalisierung ist auch eine große Chance für den Staat und seine Verwaltungsbehörden, weil wir sie nicht nur als „Nutzung von Technik“ verstehen, sondern damit eine konsequente Verbesserung, **Vereinfachung** und Effizienzsteigerung der Geschäftsprozesse der Verwaltung **im Interesse der Bürgerinnen und Bürger** erreichen wollen. Die Weiterentwicklung des **E-Governments**, der dafür erforderlichen Infrastruktur und der Verwaltungsstrukturen sind **zentrale Aufgaben** der künftigen Landesregierung.

Wir verfolgen das Ziel einer transparenten, offenen und nachvollziehbaren Verwaltung. **Open-Data** und Open-Government sind für uns kein Selbstzweck, sondern integraler Bestandteil des Handelns der öffentlichen Verwaltung. Unter einer modernen Verwaltung verstehen wir eine transparente Verwaltung, die proaktiv mit

den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert und sie bestmöglich an Entscheidungen beteiligt.

Open Data und E-Government-Angebote werden wir entschlossen ausbauen, ohne außer Acht zu lassen, dass es durchaus noch „weiße Flecken“ gibt und noch nicht jeder Mensch in Schleswig-Holstein Zugang zum Internet hat.

E-Government-Strategie und Open Data

Schleswig-Holstein werden wir zu einem Pionierland guter digitaler Verwaltung machen. Landesbehörden und Institutionen sollen durch den Ausbau digitaler Technologien und eine Verbesserung der technischen Ausstattung modernisiert und an den Bedürfnissen sowohl der Bürgerinnen und Bürgern als auch der Unternehmen ausgerichtet werden. **Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung ist eine Zukunftsinvestition.**

Wir werden die Möglichkeiten eines **zentrales Einstiegsportal zur Verwaltung prüfen** und wenn möglich, zügig umsetzen. Auch werden wir uns an der Diskussion um den Aufbau eines bundesweiten „Bürgerportals“ beteiligen.

Dem Rechtsanspruch auf Wissen und Informationen wollen wir weiter entgegenkommen als bisher und setzen uns für eine Weiterentwicklung bestehender Informationsfreiheitsgesetze und neue Open Data-Regelungen ein, die **Behörden verpflichten**, vorhandene Daten von sich aus, leicht auffindbar, maschinenlesbar und kosten und lizenzfrei für die Öffentlichkeit bereitzustellen. Dabei können offene Schnittstellen, Standards und Software wirtschaftliche Innovationen begünstigen.

Unser **Ziel** ist es, ein Transparenz- und **Open-Data-Gesetz** vorzulegen und ein zentrales Open-Data-Portal aufzusetzen.

Kommunen/Bund

Als Land werden wir uns intensiv in die beim Bund für neue digitale Angebote geschaffenen Koordinationsgremien einbringen und hierbei auch die Belange der Kommunen berücksichtigen.

Kommunikation mit Behörden

Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern mit den Landesinstitutionen zu ermöglichen, werden wir Möglichkeiten der verschlüsselten Kommunikation schaffen.

Die Erforderlichkeit persönlichen Erscheinens und der Leistung von Unterschriften bei Behörden wollen wir nach und nach abbauen. Unser Ziel ist es, zunächst schrittweise die am häufigsten vorkommenden Verwaltungsvorgänge auch in digitaler Form anzubieten und werden uns dafür einsetzen, dass der neue elektronische Personalausweis und mit ihm verbundene Anwendungen höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.

Das für viele Bürgerinnen und Bürger weiterhin wichtige Angebot der Beratung durch die Verwaltung und den persönlichen Kontakt werden wir auch weiterhin sicherstellen.

Darüber hinaus wollen wir den „Einheitlichen Ansprechpartner“ nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger einrichten.

Barrierefreiheit

Ein Schwerpunkt der Landesregierung wird die Förderung der Barrierefreiheit von digitalen Angeboten sein.

Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung dafür, dass möglichst alle Menschen an allen Facetten des Lebens teilnehmen können. Dies gilt gerade für digitale Angebote und Systeme. Sie sollen genutzt werden, um Barrieren abzubauen oder zu verringern, um älteren Menschen und Menschen mit Einschränkungen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Gerade bei digitalen Angeboten ist es möglich, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und somit zu mehr Barrierefreiheit beizutragen.

Nutzung von Open-Source-Software

Offene Schnittstellen, Standards und Software erhöhen die Verbrauchersouveränität und stellen einen wichtigen Baustein für die Erhöhung von **IT-Sicherheit** und die Ermöglichung innovativer Anwendungen dar.

Wir verfolgen den vordringlichen Einsatz von **Open-Source Software**, auch um Abhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung von **einzelnen Softwareanbietern** soweit wie möglich zu **reduzieren**. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir unter anderem die entsprechenden **Zuschreibungsbedingungen überarbeiten**. Eine vollständige Ablösung ist das langfristige Ziel.

Bürgerbeteiligung und Transparenz

Die Digitalisierung bietet uns die Chance, Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen und demokratische Teilhabe zu erleichtern – nicht nur für das Land, sondern auch die schleswig-holsteinischen Kommunen.

Für Bürgerinnen und Bürger soll die Nutzung von digitalen Werkzeugen der Beteiligung und der Mitbestimmung so einfach wie möglich gemacht werden. Hierbei berücksichtigt die Koalition, dass Menschen, die der Nutzung neuer Technologien zurückhaltend gegenüberstehen und auf eingetübte Verfahren setzen, sich weiterhin in die Beteiligungsprozesse des Landes einbringen können.

Unser Ziel ist es, dass zukünftig jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, Mitbestimmungsprozesse auch digital zu initiieren und/oder sich daran zu beteiligen. Die Umsetzungsmöglichkeiten eines solchen digitalen Bürgerbegehrens werden wir unter Berücksichtigung daten- und verfassungsrechtlicher Vorgaben prüfen.

Digitale Bildungsrevolution

Die Erfassung aller Lebensbereiche durch die Digitalisierung stellt eine große Herausforderung mit Chancen und Risiken für unsere Gesellschaft und das Bildungssystem dar. Die Gestaltung des digitalen Wandels mit dem Ziel, Teilhabe und Mündigkeit sowie Chancen Gerechtigkeit für jedes Kind zu schaffen, ist einer der Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik. Während der Schulzeit sollen Schülerinnen und Schüler auch die Kompetenzen entwickeln, die für einen fachkundigen, verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit den neuen Medien erforderlich sind. Den Umgang im Unterricht mit den neuen Medien sehen wir im pädagogischen und fachdidaktischen Kontext. Dabei wollen wir die Chancen von E-Learning, die Digitalisierung von Lernmaterialien sowie die Nutzung von Open Educational Resources (OER) mehr als bisher nutzen und für die Bildungs- und Erziehungsarbeit einsetzen.

Dies ist nur ein Ausschnitt ...

(Koalitionsvertrag.odt/pdf) Seite: 8